



## **Ausschuß für Haushaltskontrolle**

20. Sitzung (nicht öffentlich)

18. November 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 13.47 Uhr

Vorsitz: Wilhelm Riebniger (CDU)

Stenograph: Christoph Filla

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998**

Drucksache 12/2400

Vorlage 12/1519

Einzelplan 13 - Landesrechnungshof NRW

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle stimmt dem vorliegenden Entwurf einstimmig zu.

**2 Landeshaushaltsrechnung 1995 und Jahresbericht des Landesrechnungshofs über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 1996**

Drucksachen 12/2052 und 12/2053

Zu **Ziffer 13** (S. 66 - 68 des Jahresberichts):

**Verwaltung eines Ersatzteillagers**

Auf Antrag der CDU-Fraktion kommt der Ausschuß bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Vertreter von SPD und CDU zu folgender Stellungnahme:

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle beanstandet die bisherige Art der Lagerhaltung und -kontrolle des Kraftfahrzeugersatzteillagers in dem Polizeipräsidium.

Er nimmt zur Kenntnis, daß die Behörde auf die Feststellung des Landesrechnungshofs umgehend mit verschiedenen Maßnahmen reagiert und die schwerwiegenden Mängel bei der Lagerverwaltung abgestellt hat.

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle geht davon aus, daß das Karteikartensystem, das in den Richtlinien des Innenministeriums übergangsweise vorgesehen ist, zügig durch ein ADV-gestütztes Verfahren ersetzt wird.

Zu **Ziffer 14** (S. 69 - 70 des Jahresberichts):

**Boden- und Glasreinigung**

Auf Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN faßt der Ausschuß einstimmig folgenden Beschluß:

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle

- mißbilligt, daß nach dem Bericht des Landesrechnungshofs gegen wesentliche Bestimmungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge verstoßen worden ist.
- hält es für erforderlich, die korrekte Ermittlung der überzahlten Beträge und die Regreßbefriedigung durch das Staatliche Rechnungsprüfungsamt weiterhin begleiten zu lassen.

Zu **Ziffer 15** (S. 71 - 74 des Jahresberichts):

**Nebentätigkeiten eines Polizeiarztes**

Auf Antrag von SPD und GRÜNEN beschließt der Ausschuß einstimmig:

#### Der Ausschuß für Haushaltskontrolle

- teilt die Sorge des Landesrechnungshofs, daß der Umfang der ausgeübten Nebentätigkeiten zu einer Beeinträchtigung dienstlicher Interessen führen kann.
- nimmt zustimmend zur Kenntnis, daß das Innenministerium bereits veranlaßt hat, daß die erteilten Nebentätigkeitsgenehmigungen teilweise widerrufen wurden und erst nach sorgfältiger Prüfung sowie nur in eingeschränktem Umfang wieder erteilt wurden.

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle bittet das Innenministerium, in diese Prüfung auch den Gesichtspunkt "Beeinträchtigung erheblicher Belange des Arbeitsmarktes" einbeziehen zu lassen, der im Jahre 1997 eine andere Bewertung erfahren müßte, als dies 1978 der Fall gewesen sein dürfte.

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle hält es für geboten, die Frage, welche Tätigkeiten im Hinblick auf die Nebentätigkeitsverordnung als Nebentätigkeiten genehmigungsfähig sind, einer grundsätzlichen Überprüfung und generellen Klärung zuzuführen.

Zu **Ziffer 19** (S. 89 - 97 des Jahresberichts):

#### **Organisation des Hochschulbibliothekswesens**

##### **im Land Nordrhein-Westfalen**

Der Ausschuß kombiniert die Beschlußvorschläge der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der CDU und beschließt einstimmig:

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle begrüßt die Anregungen des Landesrechnungshofs, sowohl eine alsbaldige organisatorische und räumliche Zusammenfassung von Fachbibliotheken zu größeren leistungsfähigen Einheiten als auch einen Verbund mit anderen überregionalen Bibliothekssystemen anzustreben.

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle nimmt zustimmend zur Kenntnis, daß die Empfehlungen der vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung eingerichteten Arbeitsgruppe bereits zum Abbau von Defiziten an einer Universität geführt haben, und erwartet, daß die Ergebnisse der Arbeitsgruppe bei den anderen betroffenen Universitäten kurzfristig Berücksichtigung in der Organisation des Bibliothekswesens finden.

Es ist alle Kraft daran zu setzen, um die im vergangenen Jahr zwischen den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern und dem Deutschen Bibliotheksinstitut in Berlin unterzeichnete Kooperationsvereinbarung über Auswahl, Beschaffung und Pflege einer neu zu entwickelnden Verbundsoftware kurzfristig umzusetzen und an den 14 NRW-Universitätsstandorten einzuführen.

Zu **Ziffer 20** (S. 98 - 100 des Jahrsberichts):

**Unterhaltung einer Akademie**

Der Ausschuß übernimmt einstimmig den Beschlußvorschlag von SPD und GRÜNEN:

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle

- nimmt den Bericht des Landesrechnungshofs bezüglich einer als un- selbständige Anstalt des Landes geführten Akademie zur Kenntnis.
- begrüßt, daß aufgrund des Prüfungsberichts der organisatorische Um- bau der Akademie vorgenommen worden ist und es zu Einsparungen im Landeshaushalt kommen wird.

**3 Verschiedenes**

**Walter Grevener (SPD)** regt an, in der nächsten Sitzung mit Vertretern des Landesrechnungshofes und des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales über den Bericht des Landesrechnungshofes zum Kindertagesstätten- gesetz - Vorlage 12/1695 - zu diskutieren. - Dies werde geschehen, versichert **Vorsitzender Wilhelm Riebinger**.

(Diskussionsprotokoll folgt nicht)

gez. Riebinger  
Vorsitzender

04.12.1997/09.12.1997